

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

291

Wien, am 28. Oktober 1932.

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien über das Jahr 1931.

Der Wiener Rechnungsabschluss für 1931 spiegelt die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse wieder, die das Vorjahr gebracht hat. Er steht überdies unter der heftigen Einwirkung der geänderten Abgabenteilung, die bekanntlich erst nach der Verabschiedung des Voranschlags durch den Gemeinderat erfolgt ist. Nachträglich musste daher durch einschneidende Sparmassnahmen ein Gegengewicht geschaffen werden.

An Ertragsanteilen und Einhebungsgebühren waren noch rund 144,5 Millionen Schilling in das Budget eingesetzt worden. Der wirkliche Ertrag war knapp 94 Millionen Schilling, so dass sich aus diesem einen Titel allein ein Fehlbetrag von 50,5 Millionen Schilling, das sind 10 Prozent aller Gemeindecinnahmen überhaupt, ergibt. Die Gesamtheit der Einnahmen und Ausgaben zeigt folgendes Bild:

Gesamteinnahmen: Voranschlag: 501,922.000 S.-

Rechnungsabschluss: 453,027.000 S.-

Gesamtausgaben: Voranschlag: 550,256.000 S.-

Rechnungsabschluss: 491,092.000 S.-

Trotz den geschilderten ausserordentlich ungünstigen Verhältnissen ist es möglich gewesen, den ursprünglichen Gebarungsabgang von 48,334.000 S auf 38,065.000 S herabzudrücken. Die Bedeckung liegt in den Kassenbeständen und Guthaben der Gemeinde. Die Ausgaben für wertvermehrende bauliche Herstellungen, Inventaranschaffungen und dergleichen beliefen sich im Berichtsjahr auf 100,177.000 S.

Zu den einzelnen Verwaltungsgruppen, in denen sich die Sparmassnahmen naturgemäss stark geltend machten, ist folgendes zu bemerken:

Personalangelegenheiten:

Der gesamte Personalaufwand des Jahres 1931 betrug 188,144.000 S, wovon 137,318.000 S auf Bezüge aktiver Angestellter, 46,629.000 S auf eigene Pensionsparteien und 4,196.000 S auf Beiträge zu den mit dem Land Niederösterreich gemeinsamen Pensionsfonds und zum Pensionsaufwand der Donau-Regulierungskommission entfielen. Gegenüber dem Voranschlagsansatz von insgesamt 200,539.000 S ergab sich ein Mindererfordernis von 12,394.000 S. Die Begründung liegt in dem Gemeinderatsbeschluss vom 7. Oktober 1931, durch den die Sonderzahlungen vom 1. Juni und 1. Dezember um 25 Prozent gekürzt wurden. Gleichzeitig ist der Pensionsbeitrag der aktiven Angestellten um 3 Prozent erhöht und ein gleich hoher Rücklass von den Ruhe- und Versorgungsgehältern eingeführt worden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Der Stand der aktiven Angestellten am 1. Jänner 1931 war unter Ausserachtlassung der verwendeten geistlichen Schwestern in den Wohlfahrtsanstalten und der Rudolfinerinnen im Karolinen- Kinderspital 24.206. Am 31. Dezember war er mit den gleichen Ausnahmen 23.452. Es ist also durch die natürlichen Abgänge eine Verminderung um 754 Personen eingetreten. Ein Personalabbau ist bei der Gemeinde im Vorjahre nicht erfolgt. Hingegen hat die Zahl der Pensionsparteien eine Steigerung von 10.375 auf 10.695 erfahren.

Finanzwesen:

Die Kassenbestände, die zu Jahresbeginn noch 14,709.000 S ausmachten, sind am 31. Dezember auf 1,596.000 S zusammengeschmolzen. Die Signatur dieser Gruppe ist, wie bereits hervorgehoben, die Schmälerung der Ertragsanteile um die ungeheure Summe von mehr als 50 Millionen Schilling. Der Rückgang der eigenen Steuern zeigt sich am stärksten bei der Fürsorgeabgabe. Die Inkamerierung der Kraftwagenabgabe durch den Bund, die Aenderung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe kommen gleichfalls stark zum Ausdruck. Hervorzuheben ist auch noch der starke Rückgang bei der Biersteuer mit der doppelten unangenehmen Folge für Wien, dass eine Landesbierabgabe den anderen Ländern und Gemeinden mit einem garantierten Mindestbetrag von 6,5 Millionen Schilling abgeliefert werden muss, während das tatsächliche Ergebnis wesentlich dahinter zurückbleibt.

Die Gemeinde- und Landesabgaben zeigten im abgelaufenen Verwaltungsjahr folgende Entwicklung:

	Voranschlag:	Laufende Gebühr:
Grundsteuer	480.000 S	489.033 S
Wohnbausteuer.....	35,800.000 "	36,385.364 "
Bodenwertabgabe vom verbauten Grunde	2,000.000 "	2,791.514 "
Bodenwertabgabe vom unverbauten Grunde.....	1,200.000 "	1,290.008 "
Fürsorgeabgabe.....	78,000.000 "	68,572.849 "
Lustbarkeitsabgabe.....	16,000.000 "	16,018.158 "
Nahrungs- oder Genussmittelabgabe...	3,650.000 "	8,360.552 "
Fremdenzimmerabgabe.....	3,800.000 "	3,380.834 "
Wertzuwachsabgabe.....	8,000.000 "	8,506.897 "
Plakatabgabe.....	900.000 "	824.067 "
Anzeigenabgabe.....	4,150.000 "	3,068.668 "
Hauspersonalabgabe.....	1,830.000 "	1,589.243 "
Kraftwagenabgabe.....	4,500.000 "	1,465.797 "
Pferdeabgabe.....	45.000 "	42.271 "
Hundeabgabe.....	900.000 "	850.605 "
Feuerversichertenabgabe.....	3,600.000 "	3,787.398 "
Feilbietungsabgabe.....	300.000 "	366.176 "
Konzessionsabgabe.....	500.000 "	510.435 "
Verwaltungsabgaben u. Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens...	1,000.000 "	1,070.611 "
Wasserkraftabgabe.....	4,900.000 "	4,707.381 "
Bierverbrauchsabgabe (6 S vom Hektoliter).....	10,311.850 "	8,130.181 "
Bierverbrauchsabgabe (3,80 S vom Hektoliter).....	6,532.850 "	5,153.759 "
Zuschlag zu den Immobiliargebühren..	3,448.000 "	5,168.832 "
Zuschlag zum Gebührenäquivalent...	227.000 "	
Zuschläge zu den Gebühren von Totalisator- und Buchmacherwetten.....	350.000 "	326.056 "

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Der Magistrat gibt erstmalig eine Zusammenstellung der Rückstände an Abgaben seit deren Einführung. Die Beträge lauten:

Grundsteuer.....	12.010 S
Wohnbausteuer.....	1,462.962 "
Bodenwertabgabe.....	456.167 "
Fürsorgeabgabe.....	3,980.756 "
Lustbarkeitsabgabe.....	5,203.557 "
Nahrungs- oder Genussmittelabgabe.....	2,332.279 "
Fremdenzimmerabgabe.....	455.817 "
Wertzuwachsabgabe.....	8,821.570 "
Ankündigungsabgabe.....	137.756 "
Anzeigenabgabe.....	911.372 "
Hauspersonalabgabe.....	97.586 "
Kraftwagenabgabe.....	294.983 "
Pferdeabgabe.....	4.111 "
Hundeabgabe.....	36.298 "
Feuerwehrbeiträge.....	179.509 "
Feilbietungsabgabe.....	2.801 "
Konzessionsabgabe.....	60.334 "
Verwaltungsabgaben.....	10.714 "
Wasserkraftabgabe.....	631 "
Bierverbrauchabgabe.....	24.851 "

Der auffallend hohe Rückstand bei der Wertzuwachsabgabe erklärt sich dadurch, dass rund 6'5 Millionen Schilling aus Zwangsversteigerungen herrühren, bei denen der Ersteher nicht zahlungspflichtig ist und die Hereinbringung beim letzten Eigentümer naturgemäss auf besonders grosse Schwierigkeiten stösst.

Von den städtischen Unternehmungen hat lediglich das Brauhaus 703.000 S und die Ankündigungsunternehmung "Gewista" 114.000 S an die Gemeindekasse abgeliefert.

Die von der Gesiba treuhändig verwalteten Baustoffbetriebe haben im Berichtsjahr günstig gearbeitet und lieferten einen Ueberschuss von 141.000 S.

Für Subventionen, Ehrenpensionen und Ehrenpreise sind insgesamt 1,051.000 S verausgabt worden. Die Aufwendungen zur Hebung des Fremdenverkehrs machten 1,429.000 S aus.

Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung:

Der Ausweis 3 gibt eine ganz genaue Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben dieser Gruppe. Nicht weniger als 115,348.000 S waren das Erfordernis. Die Minderausgabe von rund 2,000.000 S liegt nicht in einer Einschränkung der Fürsorgetätigkeit, sondern findet ihre Begründung in den allgemeinen und bei der Gruppe I dargestellten Kürzungen der Personalbezüge und der Zurückstellung von geplanten Investitionen. Die offene Armenpflege hat im Zusammenhang mit der wachsenden Not Mehrausgaben notwendig gemacht. Statt der veranschlagten 13 Millionen Schilling für Erhaltungsbeiträge mussten 14,539.000 S verausgabt werden. Die Pflegegelder für Kinder weisen eine sprunghafte Steigerung von 4,506.000 S auf 6,449.000 S auf.

Der Beitrag des Landes Wien zu den Notstands-aushilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge waren nach den Angaben des Ministeriums für soziale Verwaltung mit 13 Millionen Schilling veranschlagt worden, hat aber tatsächlich 15,368.000 S erfordert.

Der in Aussicht genommene Neubau von Kindergärten musste unterbleiben und es sind dadurch rund 600.000 S in Wegfall gekommen. In das abge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

laufene Jahr fällt die Errichtung einer Sonderabteilung für Strahlentherapie in Lainz um 2,314.844 S. Trotz allen Schwierigkeiten ist es möglich gewesen, die Wohlfahrtspflege auf dem so wichtigen Gebiete der Bekämpfung der Krebskrankheit weiter auszugestalten und durch den Ankauf von fünf Gramm Radium samt Schaffung der dazugehörigen Abteilung einen ausserordentlichen Fortschritt zu erzielen.

Wohnungswesen:

Für Wohnungs- und Siedlungsbauten aus eigenen Mitteln der Gemeinde waren 90,000.000 S und für Bauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz 5,713.000 S, zusammen also 95,713.000 S vorgesehen. Tatsächlich verausgabt wurden aber infolge der Sparnotwendigkeit nur 80,782.000 S. Davon entfallen auf die Eigenbauten der Gemeinde 63,473.000 S, auf die Bauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz 17,308.000 S, da der Gemeinde im Zusammenhang mit der Abgabenteilung weitere 2.000 Wohnungen auf Grund der Bundesaktion zugebilligt worden sind. Im Jahre 1931 sind 6.324 Wohnungen und 204 Geschäftskokale zugewachsen. In sämtlichen im Eigentume, beziehungsweise in der Verwaltung der Gemeinde Wien und deren Unternehmungen und Anstalten stehenden Gebäuden befinden sich mit 31. Dezember 1931 insgesamt 63.696 Wohnungen und 3.678 Geschäfte.

Technische Angelegenheiten:

In dieser Gruppe mussten Ausgaben in der Höhe von 26'1 Millionen Schilling zurückgestellt werden. Es ergaben sich ferner Mindereinnahmen von rund 6 Millionen Schilling. Kürzungen erfuhren insbesondere der Lastkraftwagenbetrieb, die Bäder, der Strassen- und Brückenbau, ferner wurden Investitionen bei den Betrieben Wasserversorgung und Kanalisationswesen zurückgestellt. Die Besucherzahl in allen städtischen Bädern war 10,726.373 gegenüber 10,961.396 im Jahre 1930.

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten:

Auch hier blieben die Ausgaben um rund 10,000.000 S hinter dem Voranschlag zurück, während die Einnahmen um ein Geringes den Voranschlagsansatz überschritten. Die Drosselung der Ausgaben für Gebäude- und Inventarerhaltung brachte namhafte Ersparungen. Auch die weitere Ausgestaltung der Grossmarkthalle musste auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Der für die Erwerbung von Gründen und Liegenschaften vorgesehene Kredit von 5 Millionen Schilling wurde nur mit 3,464.000 S in Anspruch genommen. Der gesetzliche Beitrag Wiens zum Aufwand des Fortbildungsschulrates verringerte sich durch dort vollzogene Sparmassnahmen von 2,933.000 S auf 2,194.000 S. Der projektierte Schulbau im XIII. Bezirk ist unterblieben.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten:

Die Nettoausgabe dieser Verwaltungsgruppe konnte durch Sparmassnahmen um rund 4,150.000 S gegenüber der im Voranschlag vorgesehenen Höhe herabgedrückt werden. Mehr als die Hälfte der gesamten Minderausgaben entfällt auf die Gemeindewache, die tief unter dem präliminierten Stand gehalten wurde. Die Volkszählung wurde nicht durchgeführt und daher der ganze vorgesehene Betrag von 100.000 S erspart.

Die städtischen Unternehmungen:

Die städtischen Unternehmungen bringen gleichzeitig ihre Verwaltungsberichte zur Versendung.

Gaswerke:

Im Berichtsjahre wurden 306,995.245 Kubikmeter Gas gegen 297,085.828 Kubikmeter im Vorjahre, also um 3'34 Prozent mehr verkauft. Einschliesslich des Verbrauches der öffentlichen Beleuchtung und des Eigenbedarfes innerhalb und ausserhalb der Werke betrug die nutzbar verwendete

RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Gasmenge 318,562.550 Kubikmeter gegen 309,748.282 Kubikmeter im Vorjahre.

Die Zahl der Gasabnehmer hat sich um 14.593 auf 497.137 am Jahresende erhöht.

Die gegenüber dem Vorjahre kühlere Witterung in den Frühjahrs- und Herbstmonaten verursachte einen Mehrabsatz an Gas für Raumheizung. In dem Rückgang des Verbrauches in den Monaten Mai und Dezember und in der geringen Absatzsteigerung in den übrigen Monaten drückt sich die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse aus. Im allgemeinen hat aber der Gasabsatz in der Wirtschaftskrise eine bemerkenswerte Festigkeit gezeigt, die sich durch die weitgehende Unentbehrlichkeit des Gases im Wirtschaftsleben Wiens erklärt.

Der Koksabsatz war befriedigend; infolge aussergewöhnlich günstiger Umstände konnte nicht nur der im Berichtsjahre angefallene Koks, sondern auch ein grosser Teil des vorhanden gewesenen beträchtlichen Lagers verkauft werden. Die für Teer, Benzolkohlenwasserstoffe und Ammoniak erzielbaren Preise gingen weiter zurück. Das Unternehmen schliesst mit einem Gebarungsüberschuss von 265.510'67 S ab. Bloss durch Anwendung des Investition-Begünstigungsgesetzes, das vorzeitige Abschreibungen von den Anlagewerten ermöglicht, ergibt sich bilanzmässig ein Gebarungsabgang von 3,295.689'04 S.

Den Verhältnissen, die sich für das Unternehmen aus der Beschaffung seines ausländischen Rohstoffes ergaben, musste durch eine entsprechende Rücklage für Kursdifferenzen Rechnung getragen werden. Für wertvermehrende neue Anlagen und Beschaffungen wurden im Berichtsjahre 7,122.399'42 S aufgewendet.

Elektrizitätswerke:

Der im Vorjahre eingetretene Rückgang des Stromabsatzes hat sich infolge weiterer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Berichtsjahre in stärkerem Masse fortgesetzt.

Die selbst erzeugte und die bezogene Strommenge von insgesamt 561,559.966 Kilowattstunden des Vorjahres ist auf 540,582.171 Kilowattstunde also um 3'7 Prozent, die verkaufte Strommenge von 402,326.952 Kilowattstunden auf 387,657.078 Kilowattstunden, also um 3'4 Prozent gesunken.

Die Zahl der angeschlossenen Zähler ist, weit überwiegend durch Zuwachs von Kleinabnehmern, von 625.366 auf 644.641 am Jahresende gestiegen.

Der Strombedarf wurde zu 58'4 Prozent (im Vorjahre 30'6 Prozent) durch Wasserkraftstrom, zu 31'3 Prozent (im Vorjahre 42'7 Prozent) aus Inlandskohle und zu 10'3 Prozent (im Vorjahre 26'7 Prozent) aus Auslandskohle, demnach zu 89'7 Prozent (im Vorjahre 73'3 Prozent) durch inländische Kraftquellen gedeckt.

-Elektrizitätswerke einschliesslich Ueberlandzentrale Ebenfurth-
Das Gesamtunternehmen/schliesst mit einem Gebarungsüberschuss
ab.
von 494.276'15 S/Nur infolge Anwendung des vorzeitige Abschreibungen von den Anlagewerten gestattenden Investitionsbegünstigungs-Gesetzes ergibt sich bilanzmässig für die Elektrizitätswerke ein Gebarungsabgang von 9,677.562'14 S, für die Ueberlandzentrale ein solcher von 4,649.393'22 S.

Städtische Strassenbahnen:

Die wirtschaftlichen Ergebnisse des Geschäftsjahres 1931 sind ebenso wie die der Vorjahre - infolge des Andauerns der schweren Wirtschaftskrise ungünstig. Der Abfall in der Personenbeförderung gegenüber dem Vorjahre beträgt 4'6 Prozent (im Vorjahre 4'1 Prozent), die Wagenkilometerleistung ist um 4'3 Prozent gesunken (im Vorjahre um 3'7 Prozent). Der Fahrgästaufschlag ist grösser, als erwartet wurde, was darin zum Ausdruck kommt, dass im Voranschlag für das Geschäftsjahr 1931 mit einer Einnahme aus der Personenbeförderung bei Strassenbahn und Stadtbahn von 133'2 Millionen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Schilling gerechnet wurde, während tatsächlich nur 130'5 Millionen Schilling eingenommen wurden. (im Vorjahre 137'8 Millionen Schilling).

Die Verhältnisse nötigten zu neuerlichen Sparmassnahmen, die einerseits in einer weiteren Drosselung des Sachaufwandes, andererseits in einer Herabminderung des Personalaufwandes im Wege der Aufrechterhaltung der Aufnahmsperre und in einer Minderung der Personalbezüge ihren Ausdruck finden. Der Gesamtstand aller beim Unternehmen (Strassenbahn, Stadtbahn und Autobus) beschäftigten Personen betrug am Ende des Berichtsjahres 15.460 Personen und hat gegen Jahresbeginn eine Verringerung um 756 erfahren.

Das Berichtsjahr schliesst mit einem Gebarungsabgang von 4.799.520'38 S., der durch Inanspruchnahme des Investitionsbegünstigungsgesetzes sich bilanzmässig auf 7.939.385'79 S. erhöht. Die vorgenommenen Abschreibungen von den Anlagewerten betragen 20.042.440'11 S.

Städtische Leichenbestattung:

Gegenüber dem Jahre 1930 hat sich die Sterblichkeit in Wien um 5'4 Prozent erhöht. Im Zusammenhang damit hat sich die Zahl der eigenen Leichenbegängnisse der Unternehmung erhöht und sind die Einnahmen um 6'8 Prozent gestiegen. Die Gebarung der Unternehmung schliesst mit einem Ueberschuss von rund 100.000 S.

Brauhaus der Stadt Wien:

Der Bierabsatz des Brauhauses der Stadt Wien ist im Geschäftsjahr 1931 gegen das Vorjahr um rund 20 Prozent geringer. Dieser Ausfall entspricht dem in der gesamten Brauindustrie eingetretenen Absatzrückgang und ist hauptsächlich auf die allgemeine ungünstige Wirtschaftslage und auf die billigen Weinpreise zurückzuführen.

Die Gersten- und Malzpreise haben im Berichtsjahre eine wesentliche Steigerung erfahren; trotzdem hat das Brauhaus der Stadt Wien seine Bierverkaufspreise nicht erhöht.

Gegenüber dem Vorjahre, in dem 362.539 Hektoliter verkauft wurden, hat das Berichtsjahr bloss 288.689 Hektoliter Verkauf aufzuweisen. Im Berichtsjahr wurde die Mälzerei so ausgestaltet und modernisiert, dass das Brauhaus der Stadt Wien hinsichtlich des Bezuges von Malz vom Ausland vollkommen unabhängig geworden ist.

Der Gebarungsüberschuss von 703.000 S wird an die eigenen Gelder der Gemeinde abgeführt.

Gewista:

Der Umsatz erfuhr gegenüber dem Jahre 1930 eine Verminderung von rund 3'5 Prozent. Die Gebarung schloss mit einem an die eigenen Gelder der Gemeinde abzuführenden Ueberschuss von 114.000 S.

Die Berichte des städtischen Kontrollamtes und des Rechnungshofes liegen noch nicht vor und kommen nachträglich zur Versendung.
